Corona-Krise

Auch die Kultur ist systemrelevant!

Dieses Plädoyer ist seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie medial häufig zu vernehmen. Branchenvertreter*innen richten damit einen eindringlichen Appell an die Politik und argumentieren, dass auch die Kultur einen erheblichen wirtschaftlichen Beitrag leiste, der zwar nicht gänzlich mit monetären Maßstäben bewertet werden könne, jedoch grundsätzlich schutz- und förderwürdig sei. Dazu wird oftmals die wirtschaftliche Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft angeführt, die laut Bundesministerium für Wirtschaft und Energie mit einer Bruttowertschöpfung von etwa 100 Mrd. Euro 3,3 % zur Gesamtwertschöpfung im Jahr 2018 beigetragen hat. Doch in dieser Rechnung sind auch Sparten wie die Software- und Games-Industrie oder die Film- und Rundfunkwirtschaft enthalten – also Wirtschaftszweige, die von der Krise teilweise sogar profitiert haben und von den neuerlichen Lockdown-Maßnahmen wenig bis gar nicht betroffen sind.

Um ein besseres Bild der wirtschaftlichen Bedeutung von derzeit geschlossenen Kultureinrichtungen wie Theatern, Konzerthäusern und anderen zu erhalten, bedarf es jedoch einer genaueren Betrachtung der amtlichen Statistik. Dann zeigt sich, dass deren wirtschaftliche Bedeutung mit einem Anteil von etwa 0,75 % an der Bruttowertschöpfung vergleichsweise gering ausfällt.

Vor dem Hintergrund dieser nüchternen Zahlen lässt sich der Systemrelevanz-Anspruch des Kultursektors rein monetär zunächst nur bedingt rechtfertigen. Allerdings ist diese isolierte Betrachtung der Statistik nicht ganz zielführend, schließlich können von der Kulturbranche auch bedeutsame indirekte Wirkungen ausgehen. Dass diese Spillover-Effekte auch über die Kulturbranche hinaus für Wertschöpfung verantwortlich sind, zeigen Studien des ifo Instituts zum Einfluss des Kultursektors auf die regionale Entwicklung. Eine Erkenntnis daraus ist, dass das regionale Kulturangebot ein wichtiger Faktor in der Standortentscheidung von hochqualifizierten Arbeitskräften ist. Dort wiederum, wo sich ein hoher Anteil an Hochqualifizierten angesiedelt hat, kommt es zu Wissens-Spillovers: Effekte, die entstehen, wenn Hochqualifizierte zusammenarbeiten oder sich beim Mittagessen oder Ähnlichem treffen und Ideen und Wissen austauschen. Diese Wirkungskette führt zu einer höhe-

ren Produktivität bzw. höheren Löhnen über alle Qualifikationsstufen hinweg und letztlich zu einem Anstieg der Wirtschaftskraft in der Region.

Nach dieser Argumentation kann Kultur in der Tat als ein schützenswertes Gut im Sinne einer profitablen Investition angesehen werden. Hilferufe der Branche nach Unterstützung in der Pandemie sollten also von der Politik ernst genommen werden. Dabei könnte jedoch ein Fokus auf Hilfen zur Überbrückung der Krise zu kurz greifen. Denn auch wenn die Krise überwunden ist und Zuschauerränge wieder besetzt werden dürfen, droht dem Kultursektor ein Finanzierungsproblem. Schließlich ist der Kultursektor selbst im Normalbetrieb abhängig von öffentlichen Fördergeldern: Im Jahr 2015 belief sich die Fördersumme der öffentlichen Hand auf etwa 10,4 Mrd. Euro, was knapp der Hälfte der gesamten Wertschöpfung des Kultursektors im engeren Sinne entspricht. Durch diese Subventionsabhängigkeit könnte die Kulturbranche langfristig in Nöte geraten, wenn infolge rückläufiger Steuereinnahmen und zunehmender Etat Kürzungen bei der Kultur als erstes und vergleichsweise stark der Rotstift angesetzt wird.

Insbesondere auf kommunaler Ebene ist ein Finanzierungsstau zu erwarten. Denn einerseits stellen die Gemeinden mit 44,9 % den Großteil öffentlicher Kulturausgaben bereit, andererseits wird gerade für die Kommunen mit rückläufigen Einnahmen aus der Gewerbesteuer eine wichtige Finanzierungsquelle wegbrechen. Eine Befürchtung, die sich in den jüngsten Steuerschätzungen des Bundesfinanzministeriums widerspiegelt. Demnach dürfte allein 2020 ein Gewerbesteuerausfall von etwa 13 Mrd. Euro auf die Kommunen zukommen.

Mit dem Beschluss der Bundesregierung für einen kommunalen Solidarpakt wird zwar coronabedingt notleidenden Kommunen kurzfristig geholfen. In mittlerer und längerer Frist werden aber vor dem Hintergrund knapper Kassen alle kommunalen Ausgaben auf den Prüfstand kommen. Insbesondere der Kulturbetrieb abseits der großen Metropolen könnte daher künftig in Bedrängnis geraten. Während die ohnehin schon großen Agglomerationseffekte von Metropolen deren Anziehungskraft zusätzlich verstärken werden, könnten dann gerade kleinere Ober- und Mittelzentren durch Kürzungen des Kulturretats an Attraktivität verlieren. In Deutschland sind dezentrale Kulturstrukturen historisch gewachsen. Sie zu erhalten, kann nicht nur unter Verweis auf eine abstrakte Daseinsvorsorge begründet werden, sondern auch mit monetären Argumenten, denn ohne die Kultur leidet die Wirtschaftskraft der Region.

© Der/die Autor(en) 2020. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht.

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

Oliver Falck, Christian Pfaffl
ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
pfaffl@ifo.de